

# Hauptstadt-Bulletin

## Bundesministerin Julia Klöckner in Zell im Wiesental

Die landwirtschaftlichen Betriebe im Wahlkreis Lörrach/ Müllheim sind einzigartig in Deutschland. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner ist einer Einladung des Bundestagsabgeordneten Armin Schuster (CDU) gefolgt und machte sich ein Bild von der spezifischen Situation der landwirtschaftlichen Betriebe in der Raumschaft Südschwarzwald. Die Bewirtschaftung findet in der Regel unter erschwerten Bedingungen statt, z.B. in Steillage oder Hangneigung. Begleitet wurden Klöckner und Schuster von Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer, Landrätin Marion Dammann, Sabine Hartmann-Müller MdL (CDU), Rosa Karcher (LandFrauen), Paul Renz (CDU-Kreistagsfraktion), Hansjörg Mair (Schwarzwald Touristik), Bernhard Bolkart (BLHV), Roland Schöttle (Naturpark Südschwarzwald), Walter Kemkes (Biosphärengebiet Schwarzwald) und Peter Palme (Bürgermeister Zell im Wiesental). Zum Abschluss des Besuchs stellten sich die Bundesministerin und Armin Schuster im Rahmen einer Gesprächsrunde im Bürgerhaus Adelsberg den Fragen der Bürger.



Armin Schuster MdB  
Im Deutschen Bundestag  
Für den Wahlkreis  
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro  
Tel.: 030 227 – 71005  
Fax: 030 227 – 76606  
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro  
Tel.: 07621 – 4258033  
Fax: 07621 – 4258035  
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*nie wieder sollte sich unsere jüngere Geschichte wiederholen können - so war wohl der Auftrag, den sich die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes damals gegeben haben. Und ihre Antwort war eindeutig: Pluralismus und eine Parteiendemokratie im ständigen Wettstreit um die beste Lösung sind die Wesensmerkmale unserer Verfassung, kurz gesagt der politische Kompromiss.*

*Aber wie ernüchternd ist die aktuelle Situation im Land? Der Mord an CDU-Politiker Lübcke, das Attentat in Halle, die Morddrohungen gegen Thüringens CDU-Kandidaten Mike Mohring, die unsägliche Internet-Hetze gegen Renate Künast, die Krawalle beim G20-Gipfel in Hamburg, die erfolgreiche Blockade der öffentlichen Auftritte von Bernd Lucke, Christian Lindner und Thomas de Maizière. Mal gehen die Aggressionen von Personen aus dem rechten, mal dem linken Milieu aus. Aber wie steht es eigentlich um die politische Mitte in diesem Spiel der Kräfte? Gerade der Bundestag hat in seinem 70-jährigen Bestehen bewiesen, dass es christ- oder sozialdemokratisch geführten Regierungen noch immer gelungen ist, den Willen von 80 Millionen Menschen mit politischen Kompromissen so gut wie möglich abzubilden. Ganz selten gilt dabei nur die eigene Meinung, oft kommt es darauf an, auch andere Sichtweisen zu akzeptieren und doch die eigene Handschrift zu hinterlassen. Ich sehe in Teilen unserer Gesellschaft und auch im Bundestag eine Entwicklung, die eine andere Richtung einschlägt. Wie demokratisch sind wir wirklich noch? Es kommt jetzt auf die Courage aller Demokraten an, also all derer, für die „es gilt nur meins“ nicht gilt.*

Ihr

---

## Einsatz deutscher Streitkräfte in Irak und Syrien

In Namentlicher Abstimmung haben wir im Bundestag das Mandat zur Stabilisierung der Lage im Irak sowie zur Verhinderung des Wiedererstarkens des IS bis zum 31. Oktober 2020 verlängert. Gegenüber dem bisherigen Mandat ist vorgesehen, eine Absenkung der Personalobergrenze von 800 auf nun 700 Soldaten vorzunehmen. Zwar ist im bisherigen Mandatszeitraum Wesentliches schon erreicht worden – die territoriale Kontrolle des IS konnte zerschlagen werden. Dennoch ist eine Fortsetzung des Einsatzes angesichts der Konsolidierung des IS im Untergrund auch weiterhin geboten. Der deutsche Beitrag umfasst die Ausbildung der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte sowie bis zum 31. März 2020 luftgestützte Aufklärungsflüge und Luftbetankungen. Die Ausbildungstätigkeiten können im gesamten irakischen Staatsgebiet in einer angemessenen Balance zwischen der irakischen Zentralregierung und – in Absprache mit dieser – der Region Kurdistan-Irak erfolgen. Ausgenommen von diesem Mandat wäre ein Einsatz in einer möglichen Sicherheitszone im Grenzgebiet zwischen der Türkei und Syrien.

---

## Powerpaket für den Öffentlichen Dienst

Donnerstagnacht hat der Bundestag mit breiter parlamentarischer Mehrheit ein wahres Powerpaket für den öffentlichen Dienst verabschiedet. Dem Regierungsentwurf unter dem sperrigen Namen „Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz“ haben alle Fraktionen bis auf die Linke zugestimmt. Mit der Novelle werden Beamtenbesoldung, Umzugskosten- und Versorgungsrecht einer veränderten Lebens- und Arbeitswirklichkeit der Beamten, Richter und Soldaten angepasst. Zu diesen Veränderungen zählen etwa der Fachkräftemangel, die Zunahme von Auslandseinsätzen von Bundeswehr und Bundespolizei sowie die zunehmende Bedeutung der IT-Sicherheit. Auch der öffentliche Dienst muss sich den Herausforderungen des demografischen Wandels und der Digitalisierung stellen um als Arbeitgeber gegenüber der Privatwirtschaft auf Dauer wettbewerbsfähig zu bleiben. Mehr und höhere Zulagen, mehr Geld für Anwärter, flexible Prämien, bessere Besoldung bei Auslandseinsätzen für Polizisten und Soldaten, attraktive Einmalzahlung zur Personalgewinnung – die Verbesserungen kommen ganz konkret denjenigen zugute, die als Bundespolizisten, Zollbeamte, Mitarbeiter von Ministerien, Bundeswehrsoldaten und viele andere den Rechtsstaat vertreten und repräsentieren. Mit dem Gesetz wird etwa die Zulage für Polizisten um 40 Prozent und für BKA-Beamte um 50 Prozent erhöht. Im parlamentarischen Verfahren haben die Koalitionsfraktionen noch einmal aufgestockt und unter anderem den Auslandszuschlag für Polizei und Bundeswehr von 141 auf 145 € erhöht. In den nächsten vier Jahren investiert der Bund in dieses Powerpaket gut 440 Mio. €.

---

## Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung

Wesentliche Verbesserungen für die Situation der Berufsschüler in Deutschland sind im Bundestag beschlossen worden. So ist unter anderem die Einführung einer Mindestvergütung für Auszubildende vorgesehen. Diese soll im Jahr 2020 für das 1. Ausbildungsjahr 515 Euro betragen. Ab dem Jahr 2024 soll die Vergütungshöhe jährlich entsprechend der durchschnittlichen Steigerung aller Ausbildungsvergütungen angehoben werden. Weiterhin ist die Einführung von neuen Abschlussbezeichnungen für die drei Fortbildungsstufen der höherqualifizierenden Berufsbildung vorgesehen, um eine Vergleichbarkeit von beruflicher und akademischer Bildung zu erreichen. Dabei können bewährte Berufsbezeichnungen wie zum Beispiel „Meister“ neben den neuen Bezeichnungen weitergeführt werden.



---

## Tourismusgebiet Schwarzwald – ein Thema in Berlin

Gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Schwarzwald Tourismus GmbH, Hansjörg Mair, führte Armin Schuster ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Thomas Bareiß (Mitte) zur Zukunft des Tourismusgebietes Schwarzwald. Um mehr Gäste in den Süd-Westen zu locken, ist die Förderung von Leuchtturmprojekten, wie das „bauWERK SCHWARZWALD“ sehr wichtig.

---

## TERMINHINWEISE

### 28. Oktober 2019

*CDU Senioren in Müllheim*

16:30 Uhr | Bürgerhaus in Müllheim

### 10. November 2019

*Veranstaltung mit Gerald Knaus (Vorsitzender der Europäischen Stabilitätsinitiative – ESI) zu Migrationspolitik und Rückführungsabkommen*

11:00 Uhr | Haus Salmegg, Rheinfelden

### 15. November 2019

*Kreisparteitag CDU Breisgau Hochschwarzwald mit CDU-Spitzenkandidatin Dr. Susanne Eisenmann*

18.30 Uhr | Kaiserstuhlhalle, Ihringen